

Die Jahrgangspresse... Fernsprecher: Zentrum 152 30-15239

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Im Namen der Menschlichkeit!

Protest der I.A.S.P.

Wien, 18. März. (Antel.)

Das Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien hat an das Sekretariat der Kommunistischen Internationale folgendes Telegramm gerichtet:

Eine Reihe von der I.A.S.P. angeführten Parteien senden Aufträge an unser Sekretariat, in denen die lebhaftesten Befürchtungen über den für den 20. März festgesetzten Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre, unter denen sich Männer befinden, die durch Jahrzehnte in energisichstem Kampfe gegen den Zarismus gestanden haben, zum Ausdruck kommen. Wir sind nicht in der Lage, auf Grund des von beiden Seiten beigebrachten Materials uns heute schon ein abschließendes Urteil zu bilden. Wir sind auch durchaus nicht in der Lage, die Taktik, die die Sozialrevolutionäre, die unserer I.A.S.P. nicht angeschlossen sind, nach der Oktoberrevolution befolgt haben, weder im allgemeinen, noch in den einzelnen Taten zu verteidigen oder gar zu billigen. Wir halten es jedoch im höchsten Interesse der Herstellung der internationalen Einheitsfront des Weltproletariats, daß keine Taten begangen werden, die den Anschein erwecken könnten, als würde die juristische Maschine im Dienste einer proletarischen Partei gegen eine andere mißbraucht. Und daher wenden wir uns an Sie mit dem Ersuchen, Ihren Einfluß bei der Sowjetregierung geltend zu machen, daß, wenn dieser Prozeß, der sich auf Ereignisse bezieht, die drei Jahre zurückliegen und in eine Zeit offenen Bürgerkrieges fielen, jetzt in völlig geänderter politischer Lage durchgeführt werden müßte, doch wenigstens alle Voraussetzungen geschaffen werden mögen, die dem internationalen Proletariat die Beruhigung geben, daß es sich in diesem Falle nicht um eine Anwendung terroristischer Methoden gegen eine sozialistische Partei, sondern um ein streng gerechtes Gerichtsverfahren, daß der Erforschung der Wahrheit dienen soll, handelt. Dazu wäre vor allem nötig, daß der Prozeß solange aufgeschoben wird, bis der Verteidiger der Angeklagten, der Adokat Koblatoff, die Einreiseerlaubnis seitens der Sowjetregierung erhalten hat und seine Reise nach Rußland vollendet haben kann. Das Gerichtsverfahren selbst müßte vollständig öffentlich sein und es darf kein Urteil vollzogen werden, bevor das internationale Proletariat Gelegenheit gehabt hat, den Sachverhalt nach allen Seiten nachzuprüfen und festzustellen, wo es sich um Fehler, die aus der Leidenschaft für das bedrohte Schicksal des Proletariats, wo es sich um wirkliche Verbrechen konterrevolutionären Charakters handelt. Wir hoffen, daß Sie verstehen werden, daß unser Appell hervorgeht aus dem glühenden Wunsch, die internationale Arbeiterbewegung vor einer neuerlichen Verheerung durch Mißtrauen und Rachsucht zu bewahren und jeder Beeinträchtigung der Ermöglichung der internationalen Einheitsfront entgegenzuwirken.

Für das Sekretariat der I.A.S.P.: Friedrich Adler.

In letzter Stunde!

Die Auslandsdelegationen der Sozialrevolutionären Partei Rußlands erläßt folgenden Aufruf:

Genosse, am 20. März erscheinen vor dem höheren Tribunal von Moskau die Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei und zugleich Delegierten der Partei auf dem Kongreß der drei Internationalen: Goh, Gendelmann, Rakon, Tsimojef, Fedorewitsch und mit ihnen 42 Parteimitglieder. Ungeachtet der energischen Proteste aller sozialistischen der Wiener und zweiten Internationalen angehörenden Parteien besteht die furchtbare Gefahr eines unerhörten Menschenmordes. Die ausländische Delegation der Partei wendet sich in diesem für ihre Genossen gefährlichen Moment noch einmal an die Solidarität der Sozialisten aller Länder mit einem Aufruf, die Befreiung der Gefangenen und die Übergabe des Prozesses an ein Gericht des internationalen Sozialismus zu fordern. Es liesen nur zwei Tage, ehe die Bluttat in Erfüllung gelangen soll. Die Rettung der alten erprobten Sozialisten hängt nur von der Energie eurer Proteste ab.

Zenzinoff, Roubanowitsch, Roussanoff, Suchomlin, Tschernoff.

Französische Phantasien

Die Temperatur im Plenarsitzungsaal der französischen Kammer scheint unerträglich hoch zu sein, sonst wäre es nicht möglich, daß ein Abgeordneter derartig überhöhte Phantasien produzieren kann, wie der ehemalige Kriegsminister Lefebvre. In der Fortsetzung der Debatte über die Heeresreform führte er inhaltlich aus: Frankreich allein könne die Reparationslasten nicht tragen, während Deutschland die einzige große Nation Europas sei, die der Krieg unversehrt gelassen habe, und die fähig sei, zu bezahlen. Aber Deutschland wolle nicht bezahlen, und man müsse wissen, ob Frankreich in den Stand gesetzt werden solle, Deutschland zum Zahlen zu zwingen. Die siegreichen Deutschen hätten an den nächsten Krieg gedacht, und die geschlagenen Deutschen dächten noch mehr daran, sich den Folgen der Niederlage zu entziehen. Abg. Lefebvre sprach sich dann davon, daß in den deutschen Fabriken Waffen hergestellt würden. Deutschland könne offene keine schwere Artillerie mehr herstellen, aber das könne im Ausland geschehen. Gewehrklösser könnten fabriziert werden, ohne

daß jemand es bemerke. Ein besonderer Typ deutscher Maschinenwaffe könne 2000 Kugeln in der Minute abschließen. Deutschland habe Automobiltransportgesellschaften gegründet, die nur ehemalige Offiziere anstellen, um sich einen Fuhrpark zu schaffen. Die Mobilisierungsbureaus rechneten mit 7 Millionen Mobilisierten. Jede Kompagnie der Reichswehr solle ein Regiment dar, das die alten Traditionen aufrecht erhalte. Bei dem Ausbruch in Oberschlesien habe der deutsche General in kürzester Frist mehr als 100 000 Freiwillige zur Verfügung gehabt. Die Reichswehr sei nur ein Chargiertenheer, dessen Mannschaften ehemalige Unteroffiziere seien. Alle diese Tatsachen bewiesen die Notwendigkeit, daß Frankreich eine gewichtige militärische Rüstung bestelle. Lefebvre besprach alsdann die vorgeschlagene Dienstzeit von 18 Monaten, die er nicht annehmen will, da noch nicht einmal mit der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles begonnen worden sei.

Jeder vernünftige Mensch, in Frankreich wie in Deutschland, kann die überhöhten Phantasien des Herrn Lefebvre als solche erkennen. Aber wer treibt die Temperatur in der französischen Kammer so in die Höhe? Die deutschnationale Selbdenjungfrau Käthe Schirmacher, wenn sie von der „Wassenschmiede Oberschlesien“ schwärzt, und alle die Leute, die ebenso veranimatorioslos handeln. Deshalb müssen die deutschnationalen Maulhelden in Deutschland, deren Geschwätz leider außenpolitische Folgen hat, überall zur Ruhe gebracht werden, wo sie auch ihr unverantwortliches Gerede von sich geben.

Frankreichs Finanzpolitik

Kredithilfe für O. sterreich

Paris, 18. März.

Der Finanzausschuß der Kammer hat gestern in Anwesenheit des Finanzministers de Lasteyrie getagt. Der Finanzminister gab Aufklärungen über die Verhandlungen, die dem Finanzabkommen vom 11. März vorausgingen, und über die Vorteile, die dieses Abkommen zu bieten scheint. Das Reparationsproblem sei auf der alliierten Finanzkonferenz erörtert worden, nachdem die Fragen der Organisation einer wirksamen Kontrolle über die deutschen Finanzen besprochen worden sei, einer Kontrolle, die sich auf die Zolleinnahmen, auf den Devisenverkehr, auf die Reichsbank und auf das Budget erstrecken solle. Nach Ansicht der französischen Regierung müsse Deutschland anßere Anleihen abschließen, um seine Verpflichtungen erfüllen zu können, Anleihen, die sichergestellt würden durch Vergewerte, Zolleinnahmen usw.

Was die interalliierten Schulden anlangt, so lehne Frankreich den ihm zufallenden Anteil nicht ab, sei aber augenblicklich nicht in der Lage, zu bezahlen. Es müsse also unter den Alliierten eine Verständigung getroffen werden. Der Finanzminister gab alsdann noch Aufklärungen über das Verlangen der amerikanischen Regierung hinsichtlich der vollständigen Bezahlung ihrer Besatzungskosten. Schließlich erklärte de Lasteyrie, daß das Finanzabkommen vom 11. März der Ratifikation des Parlaments unterliege. Der Finanzausschuß nahm sodann den Regierungsentwurf an, nach dem der österreichischen Regierung bis zu 55 Millionen Franken rückzahlbare Vorschüsse, die sichergestellt werden müssen, gewährt werden sollen.

Die erste Reparationsanleihe

CP. Paris, den 18. März.

Wie der „New York Herald“ aus guter Quelle wissen will, hat die Reparationskommission beschlossen, Deutschland zu gestatten, eine erste Reparationsanleihe von 6 Milliarden Goldmark zu 7 Prozent aufzunehmen, die durch die deutschen Bergwerke und die deutschen Fabriken garantiert werden. Von diesen 6 Milliarden würde Deutschland 20 Prozent für die Verbesserung seines Staatshaushalts behalten dürfen, müsse aber aus diesem Betrage noch den Vereinigten Staaten gemäß dem deutsch-amerikanischen Vertrage von Berlin eine erste Anzahlung machen.

Tschitscherin an Poincaré

CP. Paris, den 18. März.

Tschitscherin hat an Poincaré einen langen Brief gerichtet, worin er erklärt, daß Rußland durch die Haltung mehrerer Mächte beunruhigt sei. Die versuchten, schon vor der Konferenz von Genua Beschlüsse zu fassen, um die anderen Delegierten vor abgeschlossene Tatsachen zu stellen. Die Konferenz würde also in diesem Falle dazu dienen, den Willen eines gewissen Blocks von Regierungen zu registrieren. Diese Haltung sei mit der Souveränität der russischen Regierung und der Unabhängigkeit Rußlands unvereinbar. Der Brief besagt weiter, Rußland habe davon Kenntnis erhalten, daß in Frankreich die Bildung einer gegenrevolutionären Armee betrieben werde. Tschitscherin fordert, daß alle Regierungen in Genua auf gleichen Fuß gestellt werden.

Parlamentarischer Krebinismus

Von Otto Meier.

Man kann über den Wert oder den Unwert des Parlamentes verschiedener Meinung sein. Die Rechtssozialisten sehen darin — unter teilweise Verleugnung dessen, was sie früher predigten — das alleinseligmachende Mittel, die Volksgemeinschaft zu hoher Kultur und höchster Kraftentfaltung zu bringen. Wir dagegen sind der Auffassung, daß die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse niemals durch den Stimmgabel allein, sondern nur durch das Zusammenwirken aller in der Arbeiterschaft lebendigen Kräfte erfolgen kann. Es ist das bekanntlich einer der vielen Differenzpunkte, die uns von den Rechtssozialisten trennen.

Dergleichen bestehen unter den deutschen proletarischen Parteien erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Art, wie die Parlamentaristik von Arbeitervertretern zu benutzen ist. Im Gegensatz zu den Kommunisten haben wir bisher in scharfer, aber sachlicher Kritik das wirkungsvollste Kampfmittel für die Arbeiterschaft gesehen. Rügeleien, die von den Kommunisten im preussischen Landtag inszeniert wurden, die sich im Vergleich der Abgeordneten mit Wasser vom Rednerpult aus, in der Wegnahme der Präsidentenglocke auswirkten, sind von uns nie gutgeheißen, geschweige denn unterstützt worden. Dazu gehört auch der beschämende Vorgang, der sich im Preußenparlament in jüngster Zeit abspielte. Auf eine Einladung des Präsidenten zu einem parlamentarischen Abend, die auch an die kommunistische Fraktion ergangen war, glaubte ein kommunistischer Redner in besonders geschmackvoller Form dergestalt antworten zu müssen, daß er während seiner Rede die Einladung aus der Tasche zog, sich herumdrehte und sie dem Präsidenten ins Gesicht warf. Das sind Methoden, die zweifellos dem Ansehen der Gesamtarbeiterschaft Schaden und einen bedenklichen Zweifel in die Beweiskraft der eigenen sachlichen Argumente voraussetzen. Zudem kann sich bei solchen Gelegenheiten der unbefangene Beobachter des Eindruckes nicht erwehren, daß es sich hierbei jedesmal um eine ziemlich grobe, agitatorische Effekthascherei handelt. Wir dürften deshalb im Interesse der Gesamtbewegung alle Ursache haben, von solchen törichtsten Streichen mit einem deutlich hörbaren Ruck abzurücken.

Die Anwendung solcher „Kampfmittel“ haben denn auch bereits gewisse positive Wirkungen gezeigt. Bekanntlich sind im Reichstage, im preussischen und leiblich auch im mecklenburgischen Landtage die Geschäftsordnungen verschärft worden. Wir haben, trotzdem wir den Kommunisten durch ihre Radikalpolitik die Schuld an dem brutalen Vorgehen der Mehrheitsparteien beimessen, selbstverständlich aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dagegen scharf Stellung genommen. Vergeltens! Die durch die illegalen Streiche der Kommunisten mild gemachten bürgerlichen und Rechtssozialisten hatten einen erwünschten Vorwand, gegen eine unbequeme Opposition vorzugehen.

Ungleich mehr Beachtung verdient jedoch ein Vorgang, der sich fast am gleichen Tage, als im Preußenhause der Präsident das klätschende Retourbillet der Kommunisten bekam, in der Geschäftsordnungskommission des selben Parlamentes abspielte.

Man muß es den Rechtssozialisten lassen, daß sie als stärkste Koalitionspartei in der Wahl der Mittel, sich Segnern gegenüber durchzusetzen, nicht sonderlich wählerisch sind. Diese Feststellung hat jedoch nur Geltung in Bezug auf ihre Haltung gegenüber der oppositionellen Minderheit. Ihren Koalitionsbrüdern haben sie bekanntlich schon wiederholt recht bemerkenswerte Zeichen von Reue und Beweise der Besserung gegeben. Zu Ruh und Frommen der deutschen Arbeiterschaft sei deshalb kurz die Einstellung der Rechtssozialisten zu der von ihnen so viel gepriesenen parlamentarischen Demokratie gekennzeichnet.

Bisher war es im Preußenparlament üblich, bei einer im Auktentrat beschlossenen und nach der Geschäftsordnung zulässigen Begrenzung der Redezeit jene Abgeordnetenagruppen, die ihrer geringen Stärke wegen keine offizielle Fraktion bilden können, in den Plenarsitzungen nicht zum Wort kommen zu lassen. Diese schreiende Ungerechtigkeit erregte solange bei den von ihr Betroffenen — den Deutsch-Hannoveranern, der Wirtschaftspartei und neuerdings auch der K.A.G. — keinen Anstoß, als die genannten Gruppen offenbar kein Bedürfnis verspürten, in die zeitlich begrenzten Debatten einzugreifen. Als aber eines Tages ein Deutsch-Hannoveraner auf der Redebühne erschien und vom Präsidenten am Reden gehindert wurde, setzte die Linke (U.S.P. und K.P.D.) durch, daß jener Abgeordnete das Wort erhielt. Damit war der Stein des Anstoßes ins Rollen gebracht und in zwei Sitzungen brütete der hochmögliche Geschäftsordnungsausschuß über das

Durch die Unbotmäßigkeit eines Abgeordneten minderen Grades (weil keiner Fraktion zugehörig) aufgeworfene Problem.

Es würde zu weit führen, in alle Einzelheiten der gepflogenen Beratungen hineinzusteigen. Ein Unterausschuß wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob die erst neuerdings verschlechterte Geschäftsordnung des Preußenparlamentes wiederum im reaktionären Sinne abgeändert werden soll. Vielleicht dürfen künftig die nur „Gruppen“ bildenden Abgeordneten mit erheblich mehr begrenzter Redezeit als die Fraktionen auch im Plenum das Wort ergreifen, wenn der Ältestenrat dem Plenum vorschlägt, auch die „Wilde“ zu Wort kommen zu lassen. Beschließt das Haus dem Vorschlage entsprechend, so sollen sie an den Schluß der Rednerliste gesetzt werden. Eine weise Maßnahme, die es der Mehrheit jederzeit ermöglicht, nach echt „demokratischem“ Rezept durch Schlußantrag eine Minderheit mundtot zu machen.

Ausgerechnet der rechtssozialistischen Fraktion, die sich als die Rechtsnachfolgerin jener kleinen, beweglichen Gruppe um Veinert im alten Dreiklassenhause bezeichnet, deren „ordnungsfeindliches“ Verhalten sogar den berühmten polizeilichen Mausechmig Veinerts und Borchardts provozierte, blieb die Initiative zu folgendem unverkäuflichen Vorschlag vorbehalten:

Der Ausschuß möge gleichzeitig erwägen, ob nicht eine Festsetzung der Redezeit für die einzelnen Fraktionen (falls der Ältestenrat eine zeitliche Begrenzung beschließt) nach dem Verhältnis der Stärke derselben angebracht sei. Abgesehen davon, daß gegebenenfalls auch die Gruppen redendürftigen, empfinde die rechtssozialistische Fraktion es als ein schweres Unrecht gegenüber den großen Fraktionen, daß die kleineren Fraktionen genau dasselbe Rederecht haben sollen wie jene.

In der Praxis hätte das folgende Bedeutung: Würde der stärksten Fraktion, also der SPD., eine Stunde Redezeit zugewilligt, so blieben der USP. und KPD. vielleicht je eine Viertelstunde, den Demokraten noch weniger, während sich die fraktionslosen „Gruppen“ auf fünf Minuten und noch weniger beschränken müßten.

Es ist schwer zu sagen, ob ein solcher Vorstoß der Rechtssozialisten ein Ausfluß der Rindität der Unverfrorenheit oder eines eingebildeten Nachdünkels ist. Jedenfalls ist er die stärkste Verhöhnung parlamentarischer Demokratie — die sich bekanntlich in Erbpacht der Rechtssozialisten befindet —, die sich die SPD. bisher leistete. Und es war in mehr als einer Hinsicht für die Antragsteller blamabel, als alle Fraktionen in schlecht verhehltem Erstaunen und eifrigem Bestreben diesen Antrag gegen die SPD. niederstimmten. Diese Selbstverständlichkeit ist kaum einer Erwähnung wert. Das Wichtigste und Beschämende zugleich ist aber die Tatsache, daß ein solcher Antrag überhaupt gestellt werden konnte von Leuten, die sich Sozialdemokraten nennen.

Die SPD. hat sich im Preußenhause bisher damit getrübt, daß die preußische Geschäftsordnung die freieste der Welt sei. Die SPD. scheint nunmehr Wert darauf zu legen, daß nicht in fortschreitender Aufwärts- sondern in reaktionärer Rückwärtsentwicklung das alte Wort seine Geltung behält: Preußen in der Welt voran!

Es ist tausendmal gesagt worden, daß in allen Arbeitern der Wille zur Einigung lebt. Diese zu fördern muß im Interesse der Gesamtbewegung das Bestreben jedes einzelnen sein. Schwerlich wird jemals eine Uebereinstimmung aller zu erzielen sein. Und sicherlich ist es deshalb unsere Pflicht, bei aller sachlichen Kritik taktische Fehler anderer proletarischer Parteien nicht nur durch das Vergrößerungsglas der parteiegoistischen Brille zu sehen. Aber es ist unmöglich zu schweigen, wenn der großen Sache der Arbeiterbewegung unermesslicher Schaden zugefügt wird durch rüpelhaftes Betragen von Leuten, die immerhin durch die exponierte Stellung Arbeitervertreter sind und andererseits durch andere Arbeitervertreter die Gesetze elementarster Demokratie mit Füßen

getreten werden. Das eine ist eines wahrhaften Sozialisten so unwürdig wie das andere.

Possenpiel

Die beleidigten Kreuzritter

Als im Reichstage in der Debatte über die Fristverlängerung für die Verleihung des Eisernen Kreuzes der Abgeordnete Braun, Mitglied der SPD. und preußischer Ministerpräsident, von dem „Possenpiel“ sprach, das das Hinausschieben des Schlußtermins darstelle, entstand durch die falsche Wiedergabe der Rede ein gewaltiger Entrüstungssturm im nationalen Blätterwald. Die Aufregung hat sich etwas gelegt, nachdem der Wortlaut der Rede nach dem Stenogramm bekanntgegeben wurde. Die nationalistische Presse hatte die Äußerung Brauns so ausgelegt, als sei mit dem Wort Possenpiel die nachträgliche Verleihung des schwarzweißen Klunkerordens selbst gemeint gewesen und hatte gegen die Herabsetzung der Frontkämpfer und ihrer Auszeichnungen gewaltig protestiert.

Nun sind wir allerdings der Meinung, daß nicht nur die nachträgliche Verleihung des Eisernen Kreuzes, sondern der ganze Ordenschwindel überhaupt ein Possenpiel ist. Wenn aber schon — die Verleihung von Orden als ernsthafte Angelegenheit unterstellt — von Herabwürdigung die Rede sein soll, dann sollen die nationalen Herrschaften bei sich anfangen. Es gab wohl im glorreichen deutschen Heere kaum einen Koch einer Offiziersküche, kaum einen Etappenschreiber, der nicht diese „Tapferkeits“-Auszeichnung erhielt. Die Offiziere haben selbst schon während des Krieges mit den Klunkerorden viel mehr Schindluder getrieben, als sie jetzt den Andersdenkenden vorwerfen können.

Es macht sich aber auch besonders hübsch, wenn gerade die Schmocks der nationalen Presse die Ehre der Frontkämpfer verteidigen, dieselben Schmocks, die während des Krieges à la Scheuermann dem Grundgesetz huldigten: „Vom sichern Port läßt sich gemächlich lügen“ —

Der Plakhalter

Ein deutschnationales Geständnis

In Hamburg erscheint ein übles nationalstisches Heftblatt, in dessen Spalten der mildgewordene Spießbürger Otto Ernst, Dichter a. D., seinen teutschen Jern auszutoben pflegt, und dessen Chefredakteur wegen Verleumdung politischer Gegner mehrfach vorbestraft ist: die „Hamburjer Warte“. Dieses Blatt bringt in seiner Nummer vom Freitag ein recht interessantes Geständnis des Herausgebers, der für die Rechtspartei als Referent tätig ist, also die Meinung der Deutschnationalen kennen muß. Die Ausführungen betreffen die Wahl des Reichspräsidenten und lauten:

Wir Monarchisten haben die Pflicht, offen auszusprechen, daß ein Präsident, wie wir ihn wollen, lediglich der Plakhalter des Kaisers sein soll. Da hierfür wenig Begeisterung hervorgerufen sein wird, haben wir mit dem Besten des Reichspräsidenten gar nichts zu tun. Es ist weder unsere Aufgabe, noch unserer Würde, uns als Monarchisten an der Wahl des Reichspräsidenten zu beteiligen, vielmehr sogar einen der unsrigen für diesen Posten in Aussicht zu nehmen. Darum kann, wenn wirklich ein Tag für die Neuwahl des Reichspräsidenten ausgeschrieben werden sollte, die Parole für uns Monarchisten nur lauten: Stimmhaltung!

Sieh da! Es wird wenig Begeisterung für einen Plakhalter des Kaisers hervorgerufen sein. Die Erkenntnis kommt etwas spät, aber sie kommt doch. Wir wünschen ihr in Deutschland die weitest Verbreitung!

Horthy sorgt für seinen König. Wie das ungarische telegraphische Korrespondenzbüro an amtlicher Stelle erzählt, hat die ungarische Regierung den ganzen Betrag der in Rumänien vorhandenen Liegenhaken des habsburgischen Familienbesitzes in Höhe von 5 Millionen Kronen dem ehemaligen Könige Karl zur Sicherung seines Lebensunterhaltes zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung des Vermögens wurde mit Zustimmung der ungarischen Regierung dem Bevollmächtigten des Königs Dr. Graf überlassen.

Gegen den Streikrechtstraub

Genosse Dr. Rosenfeld hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

Minister Aßter hat kürzlich im Hauptanschuß des Reichstages erklärt, daß die Reichsregierung beabsichtige, in dem Gesetz, welches auf Grund der Ankündigung eines Gesetzes zum Schutze der Republik ausgearbeitet, das Streikrecht der Beamten zu regeln.

Rechtlich nach ist bereits ein Vorentwurf ausgearbeitet worden, nach dem auf Lebenszeit angestellte Reichsbeamte, die die Erfüllung ihrer Amtspflichten ganz oder teilweise verweigern, mit Dienstentlassung bedroht werden. Beabsichtigt die Reichsregierung in der Tat, das Streikrecht der Beamten zu beseitigen?

Teilung der Reichssteuern?

Bei der Beratung des Landessteuergesetzes im Finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates wurde am Donnerstag in zweiter Lesung zu den §§ 17, 43 und 50 folgende Entscheidung angenommen:

Mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage, in der sich vielfach die Gemeinden befinden, hat der Ausschuß es für erforderlich gehalten, daß die Frage der Teilung der großen Reichssteuern (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer) zwischen Reich, Ländern und Gemeinden einer besonderen Nachprüfung sofort unterzogen wird.

Reaktionäre Spekulationen

Die nach den letzten Wahlen in Braunschweig erneuerte sozialistische Regierung läßt die Deutsche Volkspartei nicht zur Ruhe kommen. Sie, die sich in den Wahlen die Verdrängung der sozialistischen Regierung und die Bildung eines reinen bürgerlichen Kabinetts zum Vorbehalt und Ziel angenommen hatte, will unbedingt in die Regierung hinein und stützt an die Adresse der Rechtssozialisten bereits Laodizee aus. Ja, die volksparteiliche Braunschweiger Landesleitung ermahnt den Gedanken einer „großen Koalition“ in Braunschweig bereits in solch bestimmter Form, daß man den Eindruck gewinnen muß, eine Vereinstätterklärung seitens der Rechtssozialisten liege hierzu schon vor. Als entscheidend für die Verwirklichung der großen Koalition wird der 19. März angesehen. In diesem Tage findet der Bezirksparteitag der U. S. D. statt, der über den Ausschluß Dertors endgültig beschließen soll. Die Volkspartei hofft hierbei, daß der Fall Dertor zu einer Konflikt in unserer Landesfraktion und zum Austritt der Rechtssozialisten aus der Regierung führe.

Sofern nun eine solche Möglichkeit liegt, so sehr reicht sie der Deutschen Volkspartei in Braunschweig hin, um sie nicht nur zum Gegenstand lebhafter Erörterungen, sondern auch bereits zur Grundvorlage eines neuen Regierungsplanes zu machen. Mit Recht weist unser Braunschweiger Bruderblatt leuchtend darauf hin, daß diese Spekulationen der erbittertesten Feinde der Arbeiterklasse den Weg im Hinneis darlegen, was am 19. März zu tun und lassen sei und daß die braunschweigischen Sozialisten für ihren politischen Schlichthandel schon andere Wege suchen müßten.

Neuregelung der Einfuhr

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner Sitzung am 15. März mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Einfuhr. Das Gesetz bezieht die Organisation des Reichsbeauftragten für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr an Waren und ihre Zulassung, sowie die Zollverwaltung überarbeiten. Die Mahnahmen sind eine Änderung der Verordnung vom 22. März 1920 dahin erforderlich, daß an die Stelle des einbeauftragten die Dienstellen der Reichsfinanzverwaltung treten. Auch die nach kaufmännischen Grundrissen eingerichtete Geschäftsabteilung B. m. b. H. des Reichsbeauftragten, der die Verwertung der für den Export erklärten Waren obliegt, tritt zur Reichsfinanzverwaltung über.

Auf eine Reihe von Anfragen der Mitglieder antwortete der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums bezüglich der Verwertung der beschlagnahmten Waren, daß diese auch weiterhin durch die zur Finanzverwaltung übergetretenen B. m. b. H. vorzunehmen und auf alle an die Reichsfinanzverwaltung fallenden Güter ergriffen werden soll. Der Geschäftsgang soll nach kaufmännischen Gesichtspunkten geregelt und beschleunigt werden. Bezüglich der Reichsstelle für Legitimationen, die eine neben dem Reichsbeauftragten arbeitende Überwachungsstelle einrichtet hatte, wies er darauf hin, daß diese Stelle in einer Außenhandelsstelle umgewandelt werden und ein Nebenamt der verschiedenen Stellen beilegt werden wird. Bezüglich des Jantanzuges betonte er, das keine Vermehrung der Instanzen durch die Neuregelung eintreite, und eine Verkürzung des Verfahrens darzulegen zu erörtern ist, das eine gewisse Delegation an die Finanzämter statfinde. Der Ausschuß stimmte dem Gesetzentwurf zu.

Die Republik

Zum 18. März

Die Republik! die Republik!
Donnerstags der Welt in die Ohren!
Der Deckel geprügelt, gebrochen die Brust!
Unermesslicher Jubel durchschmettert die Lust!
Europa ist wiedergeboren!
Allüberall schlagen die Flammen empor:
Und es raunen sich Fürsten und Pfaffen ins Ohr:
Verloren — verloren — verloren!

Die Republik! die Republik!
Da steht sie in blendenden Glut,
Wie ein blühendes Eiland, entzogen dem Meer,
Und es rollen und wogen umher
Sich bäumend und schäumend die Fluten!
Ja, prallt nur zurück vor dem Schimmer des Lichts,
Ihr gekrönten Rebellen und taumelt ins Nichts,
Ihr zerbrochenen Völkerruthen!

Die Republik! die Republik!
Sie riesens mit einem Munde,
Und warfen hinaus auf die Gasse den Thron,
Da brennt er und leuchtet in flammenden Loh'n
Der gehnehteten Welt in der Kunde!
Ihr rüddigen Schergen der Tyrannen,
Schaut ihr die Flamme? — Sie stehen dabei
Zerknirscht — wie begoffene Hunde!

Die Republik! die Republik!
Kein Markten und kein Schonen!
Das Schwert heraus, und Schlag auf Schlag!
Verflucht, wer länger noch tragen mag
Den Spott der Nationen:
Erhebt euch, Männer, wie Löwen und springt
An die Brust den Tyrannen und ringt und singt:
Zum Teufel mit Szepter und Kronen!

(„Deutsche Volkszeitung“ 1848.)

Eine gemütlliche Verhaftung

Von Fritz Wilhelm Karbe.

Unter der wilhelminischen Regierung in Preußen-Deutschland war wohl jeder Staatsbürger glücklich und zufrieden, wenn er mit den Behörden nicht in Konflikt kam; denn mit den hochwohlwollenden Beamten war nicht gut Kitschen essen. Daß es aber unter ihnen trotz alledem auch noch Menschen gab, die Sinn für einen gesunden Humor hatten, beweist folgendes wahre Geschichtchen:

Auf meiner Wanderung im Jahre 1908 war ich nach der Hauptstadt des Großherzogtums Oldenburg gekommen und in der Buchdruckerei von Gerhard Stalling in Arbeit getreten.

Im Laufe der Zeit hatte ich mich mit verschiedenen Kollegen befreundet, und waren es hauptsächlich ein Heidelberger und ein Thüringer, denen ich mich angegeschlossen hatte. Wir machten auch zusammen das Stiftungsfest des Gesangvereins „Gutenberg“ im November mit und amüsierten uns großartig.

Hatte uns der Gesang angestekt oder tat der Alkohol seine Wirkung? Als wir morgens gegen 4 Uhr nach Hause wandten, sangen wir allerlei schöne Lieder. Plötzlich sahen wir unter einem Baum einen Schuhmann mit seinem Hunde stehen. Der Thüringer machte den Vorschlag demselben ein Ständchen zu bringen. Wir gingen direkt auf ihn zu, stellten uns im Halbkreise auf und sangen an, den Sozialistenmarsch zu singen. Weit kamen wir jedoch mit unserer Kunst nicht, denn er brüllte uns an: „Sind Sie verrückt geworden?“

Diese läche Unterbrechung ärgerte den Thüringer, und er sagte: „Der hat gesagt, wir sind verrückt. Das ist eine Beleidigung, die brauchen wir uns nicht gefallen zu lassen.“

Nun eröffnete uns der Schuhmann, daß er uns wegen ruhestörender Lärmes anzeigen würde, worauf ihm der Thüringer erwiderte: „Und Ihnen zeigen wir wegen Beleidigung an.“

Ob dieser Frechheit war die Geduld des Schuhmannes zu Ende. Er faßte den Thüringer am Arm und fragte nach seinem Namen. Der zeigte auf den Heidelberger und sagte: „Fragen Sie mal den da.“

Der zeigte wiederum auf mich mit den bedeutungsvollen Worten: „Der Berliner, der woos et.“

Nun wurden wir aufgefordert, mitzukommen, und wir folgten auch willig. Da mir jedoch der Hund fortzuführen an den Beinen herumkniffelte, blieb ich stehen und erklärte dem Schuhmann,

keinen Schritt weiter zu gehen, wenn er den Hund nicht an die Leine nehme. Nach langem Hin und Her erfüllte er mir meinen Wunsch. Er ging voraus, und wir folgten ihm Arm in Arm in ganz kurzer Entfernung. Plötzlich begann der Thüringer: „Nu seht euch bloß den Schuhmann an; wenn wir ihn nicht nach der Wache brächten, müßte sich der arme Kerl die Beine erfrieren.“

Selbstverständlich ärgerte das den Schuhmann. Er drehte sich nach uns um und sagte: „Sie, lassen Sie Ihre Sticheleien“, worauf ihm der Thüringer ganz trocken entgegnete: „Wir erzählen uns was unter uns, und wenn Ihnen das nicht paßt, dann brauchen Sie ja nicht zuzuhören.“

Dann blieben wir wieder stehen und nahmen eine Pause. Trotzdem ich in aller Höflichkeit dem Schuhmann eine solche anbot, lehnte er sie doch ab, was den Heidelberger zu der lakonischen Bemerkung veranlaßte: „Sie hätten doch gar keine gekriegt.“

Endlich waren wir auf dem Rathaus angekommen. Der Thüringer zog sich sofort seinen Paletot aus und erklärte uns, daß es hier duffte warm sei. Dabei hatte er sich mit zufriedener Miene einen Stuhl an den Ofen gerückt. Dann nahm mich der Wächtermeister ins Verhör. Auf seine Frage, ob ich mich legitimeren könne, gab ich ihm meine von Berlin gestempelte Radfahrkarte. Trotzdem fragte er nach meinem Namen. Ich fragte ihn nun wieder, ob er nicht lesen könne, und so ging das gegenseitige Gefrage eine ganze Weile hin und her. Ich blieb beharrlich bei meiner Behauptung, mein Name hänge auf der Karte, und er könne nicht lesen. Endlich wurde ihm die Sache zu bunt. Er winkte jemanden — ich glaube, dieser sollte ihm meinen Namen vorlesen, sah mich aber arg enttäuscht — und alsbald fühlte ich zwei Großherzoglich-Oldenburgische Beamtenhände in meinem Gesicht. Mit der Schnelligkeit eines Gedanken war ich aus der Tür heraus und in eine andere hineinbugstert. Als ich wieder etwas Luft geschnappt hatte, die mir bei der Geschwindigkeit und vor Erstaunen über die Geschicklichkeit der Oldenburger Beamten abhanden gekommen war, bemerkte ich, daß ich mich in einer dunklen Zelle befand. Gerade hatte ich die Luftklappe geschlossen und wollte über mein Schicksal nachdenken, als ich drängen ein mächtiges Gepolter und dann die Stimme des Heidelbergers vernahm: „Holla! Stopp! Haben Sie uns anständig dahergebrennt? Können Sie uns auch anständig wieder heraufschmeißen?“

Ich schlug nun mit beiden Händen an die Tür und rief: „Wacht mal, Otto ich komme auch gleich!“

Diese Worte veranlaßten Otto, nochmals die Tür zur Wache zu öffnen und zu sagen: „Länger wie eine halbe Stunde“

in Kraft treten, und ist damit der Schaden noch abgemindert worden. Die Totlichen zeigen aber, wie notwendig es ist, diesen Tugenden in Zukunft größere Beachtung wie im ...

Boger-Gezetz in Moabit

Ein Verfall von geradezu überaus pender Komik, in welchem der von dem Namen Joe Edwards bekannte Bogler ...

Der Bogler und Hundezüchter Rasche, der sich das kesseren Nennmännchen wegen den schönen enolischen Namen Joe Edwards zugelegt hat, geriet vor einiger Zeit mit einem Kraftfahrerkollegen in ...

Ein zweiter Bogerprozeß, in welchem es sich um sehr ernsthafte Dinge handelte, beschäftigte zu gleicher Zeit das Schöffengericht Berlin-Mitte. Zu diesem Prozeß war der Bogler ...

Zuchthäuslerrevolte im Eisenbahnzug

Auf einem Transport, der 23 Zuchthäusler aus der Strafvollzugsanstalt in Ostlich über Berlin nach einem anderen Zuchthaus bringen sollte, kam es zwischen Frankfurt a. Oder ...

Der Nefte als Mörder

Eine schwere Bluttat, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, hat jetzt ihre Aufklärung gefunden. Am 28. Dezember v. J. wurde der Darmhändler Georg Hörster, als er sich von seiner Werkstatt auf dem Berliner Schlachthof auf dem Heimwege befand, an einer dunklen Straße überfallen und mit einem Instrument niedergeschlagen. Er erlitt schwere Stirn- und Innenverletzungen, die seine sofortige Hebung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain notwendig machten. Infolge dieser Verletzungen verfiel Hörster schon nach drei Tagen in ...

Robert Hörster als Täter in Frage kam. Er wurde von der Kriminalpolizei wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgange festgenommen und der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Da die Zeugen mit ihren Aussagen bis' er ans Gericht ...

Das leichthinnige Umhören mit der Schutzmaske hat wieder einen schweren Unfallsfall herbeigeführt. Der Kaufmann Paul Kühn zeigte in der Restauration von Florian Porocinski in ...

Die Dame mit der Hundeweisheit. Eine eigenartige Gerichtsverhandlung, in welcher im Hofraum mehrfach leise das Wort „meichugae“ geäußert wurde, beschäftigte das Schöffengericht Berlin-Mitte. Wegen Körperverletzung und ...

Ein vereinzeltes Verbrechen. Mittwoch nachmittag fuhr der 35 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Wilhelm Huth mit einem einspännigen Wagen im rasenden Tempo durch die Frankfurter Allee. Dabei schlug er dauernd auf das Pferd ein, um es zu einer noch schnelleren Gaitart zu bringen, ohne Rücksicht auf den ...

Verantwortliche sollen an der 4. Wahlfortbildung der C. 2. Winter der Gewerkschaften 2. vom 3. April bei ...

Museumsführung. Sonntag, den 19. März, 9 1/2 Uhr finden musikalische Führungen durch Direktorenbeamte im Kaiser-Friedrich-Museum (Vorderasiatisches Museum) und im Neuen Museum (Mittel- und Vorderasiatisches Museum) statt. ...

Gewerkschaftliches

Wie fördert man die Einigkeit?

Der russische Rubel rollt, ergo können sich die Handwerker der Moskauer Belagerei in Deutschland allerlei leisten. Seit einiger Zeit bringt die „rote Fahne“ ...

In Nr. 127 sehen wir ein Bild mit dem Titel: „Was ein Arbeiter über die Gewerkschaftsführer denkt in Deutschland und Rußland“. Das deutsche Bild zeigt einen Kapitalisten, der einen Gewerkschaftsführer als Hampelmann ...

Das russische Bild wieder zeigt einen russischen Arbeiter, der einen gewissenigen Privatunternehmer „am Winkel“ hält und ihn ...

Diesen konzentrierten Stumpfsinn, der zu dumm ist, um wichtig oder tiefsicher zu sein, macht man zur seltenen Zeit, in der der Prinzipienabbau ein gros betrieben und die ...

Diese Diktatoren der Impotenz, die die georgischen Gewerkschaften u. a. brutal zerschmetterten und mit zart ...

Zu Schadenersatz verurteilte Streikbrecher

Den Pressemittellungen des Internationalen Arbeitsamtes entnehmen wir eine interessante Mitteilung, wonach das Unternehmertum „Journé Industrielle“ aus Lyon berichtet, daß wegen ...

erfah mit der Begründung, daß der Beitritt zu einer Gewerkschaft, der jedem frei steht, die Untervordnung unter ihre Satzung und Generalversammlungsbeschlüsse bedingt, daß jede Verletzung der übernommenen Vertragspflichten Anspruch auf Schadenersatz begründet, daß diese Grundsätze dem ...

Wir sind erstaunt, aus Frankreich ein solch vernünftiges Urteil zu vernehmen, das bei den Zuständen in Deutschland unmöglich wäre.

Zum Streit der Kesselschmiede

Wir haben bereits auf die erste Stimmung unter den Kesselschmieden, welche zum Deutschen Metallarbeiterverband gehören, hingewiesen. Nachdem der VBA nicht bereit war, durch Sonderverhandlungen mit den Kesselschmieden die ...

Wegen der Beilegung dieser Differenzen haben nunmehr die Organisationsleitungen verhandelt. Diese Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß von Arbeitgeberseite erklärt wurde, nicht für eine Branche, sondern für die Gesamtheit der Metallarbeiter umgehend, d. h. in den nächsten Tagen in Lohnverhandlungen einzutreten.

Ueber diese Verhandlungen wurde in einer Branchenversammlung der Kesselschmiede, die am 16. d. M. stattfand, Bericht erstattet. Die Kesselschmiede Groß-Perkins erklärten gegen eine ...

Sierauf wurde eine Entschliessung angenommen, in welcher die Kesselschmiede erklären, ihre angeforderten Entschliessungen ...

Für die Richtlinien

Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Die am 14. d. M. bei Bohne stattgehabene Plenarversammlung, nahm den Jahresbericht vom verflochtenen Geschäftsjahre entgegen, den der Obmann Kleimann erstattete. Die Kommission hat zu den wichtigsten ...

Fränkeli (Buchdrucker) ist bekannt, daß infolge der unannehmerlichen ...

Plenarverband der Angestellten. Die Betriebsfunktionäre des VBA, die unter den ...

Vereinstalender

Sonntag, den 19. März.

Frühstücksfeier ...

Unvermeidlich einsehende ...

Verantwortlich für die Redaktion Robert Gensel, Berlin; für den Anzeigenteil und geschäftliche Mitteilungen: ...

100 Krankheitsfälle

verschiedenster Art behandelt die Schrift Der kleine Samariter mit einem Anhang: Anleitung zur Einrichtung einer Hausapotheke Preis 1.50 Mark Tuchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Straße 8-9